

11.12.2009 / Kapital &amp; Arbeit / Seite 9

## Lex E.on

### **Nordrhein-Westfalen: Landesregierung will gerichtlich gestoppten Kraftwerksbau durch Gesetzesänderung doch noch ermöglichen. Umweltschützer laufen Sturm**

*Wolfgang Pomrehn*

Klimaschutz nervt. Das denken sich offenbar dieser Tage in Düsseldorf die schwarz-gelben Koalitionäre. Sie versuchen derzeit für den Stromkonzern E.on den Weg zu ebnen, nachdem ein Gericht den Neubau eines Steinkohlekraftwerks gestoppt hatte. Der Paragraph, auf den sich das Gericht berufen hatte, soll kurzerhand gestrichen werden, und zwar möglichst noch in diesem Jahr.

Am Mittwoch stimmte der Wirtschaftsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags für eine Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung. Die Fraktionen von FDP und CDU möchten den Paragraphen 26, der für die Energieversorgung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes klimapolitische Ziele festlegt, ersatzlos streichen. In dem Paragraphen geht es um Energieeinsparung, Nutzung einheimischer und regenerierbarer Energieträger und Kraft-Wärme-Kopplung. Standortkriterien für neue Kraftwerke sollen »angepaßt« werden, heißt es bei den Christdemokraten. Nun fehlt nur noch die Zustimmung des Landesparlaments.

Umweltschützer kritisieren das Vorhaben als »Lex E.on«. Es erscheint in der Tat absurd: Während in Kopenhagen über internationalen Klimaschutz verhandelt wird, wollen in Düsseldorf die Parteifreunde der Bundeskanzlerin und ihres Außenministers in aller Eile neue Kohlekraftwerke durchdrücken.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hatte im September überraschend der Klage eines Bauern stattgegeben, der in der Nachbarschaft eines Steinkohlekraftwerks wohnt, das E.on im westfälischen Datteln errichtet. Begründung des OVG: Der Bebauungsplan mißachte die in Paragraph 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung benannten klimapolitischen Ziele des Landes und sei daher nichtig.

E.on baut an dem Projekt bereits seit 2007 und will insgesamt 1,2 Milliarden Euro ausgeben. Ursprünglich sollte das 1050-Megawatt-Kraftwerk 2011 ans Netz gehen. Bei der Größe würde es im Jahr zwischen fünf und sechs Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid ausstoßen. Hinzu kämen noch mehrere Tonnen Blei, Cadmium, Quecksilber und Arsen, jeweils mehrere tausend Tonnen Stickoxide und Schwefeldioxid sowie einige hundert Tonnen der krebserzeugenden Feinstäube.

Rainer Baake von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), der Ende November in einer Landtagsanhörung gegen das Vorhaben Stellung nehmen konnte, spricht von »Ignoranz«. Die Mehrheitsfraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen hätten »die Dimensionen der klimapolitischen Herausforderung noch nicht erkannt«. Das Vorhaben stehe nicht nur in einem unauflösbaren Widerspruch zu auf höchster internationaler Ebene vereinbarten Klimazielen, sondern auch zu der vor einem Monat im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP auf Bundesebene festgeschriebenen Klimaschutzpolitik.

»Wir erleben heute eine fast schon überwunden geglaubte Renaissance der politischen Kumpanei zwischen nordrhein-westfälischen Energiepolitikern und dem Energiekonzern E.on«, meint Gerd Rosenkranz, der bei der DUH das Politikressort leitet. E.on hatte in einer Stellungnahme für die Landtagsanhörung angeführt, der Bezug auf die heimischen Energieträger sei obsolet, da an der Ruhr aus dem Steinkohlebergbau ausgestiegen werde. Rosenkranz dazu: »E.on bekennt in kaum zu überbietender Offenheit, daß an Rhein und Ruhr Strom auch 2050 noch so erzeugt werden soll wie 1960 - nämlich aus

Kohle. Erneuerbare Energien gelten nach diesem Denken nicht als heimische Energiequellen.«

Auch vom Bundesverband Windenergie kommt Widerspruch. Dessen Präsident Hermann Albers meint: »CDU und FDP torpedieren mit diesem Gesetzesänderungsantrag die Klimaschutzziele der Bundesregierung. Die Meseberger Beschlüsse zur Klima- und Energiepolitik vom August 2007 müssen von Bund und Ländern gemeinsam umgesetzt werden.« Bis zu elf neue Steinkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen wolle die CDU-FDP-Regierung unter Norbert Rüttgers retten.

Albers erinnert daran, daß die schwarz-gelbe Düsseldorfer Koalition seit ihrem Amtsantritt 2005 den Ausbau der Windenergienutzung behindere. Durch die Einführung von Höhenbegrenzungen, Abstandsregelungen und Kompensationsleistungen blieben derzeit viele dafür geeignete Flächen ungenutzt. Statt den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien voranzutreiben, mache die Landesregierung »die Rolle rückwärts in die überholte fossile Energieerzeugung«.

Umweltschützer rufen unterdessen zu Protesten gegen die Kohle-Initiative des Düsseldorfer Kabinetts auf. Am 17. Dezember soll der Landtag bereits in letzter Lesung über die Gesetzesänderung entscheiden. Die DUH, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und andere haben gemeinsam mit dem Kampagnennetzwerk Campact am Mittwoch vor dem nordrhein-westfälischen Landesparlament demonstriert. Ferdinand Dürr, Klimaexperte von Campact, wies dabei auf den derzeit laufenden UN-Klimagipfel hin. CDU und FDP würden ein falsches Signal nach Kopenhagen senden. Klimaschutz könne nur gelingen, wenn weltweit auf Hunderte geplanter Kohlekraftwerke verzichtet werde.

Die genannten Organisationen haben auf der Campact-Internetseite eine Aktion gestartet, bei der man einen Appell an die Düsseldorfer Landesregierung unterschreiben kann. In den ersten 24 Stunden hatten sich bereits 30000 Menschen beteiligt.